

des konnte man sich jedoch auf keine Handlungsrichtung einigen: Für die Einen war jede Debatte überflüssig, schließlich wurde man sich für die politische Autonomie der Hafenstraße einsetzen, was auch eine Haltung der Nicht-Einmischung zu bedeuten habe.

Manche fanden es sinnvoll, gerade über den Antisemitismus-Vorwurf zu diskutieren, um die Hafenstraße vor „erneuten Kriminalisierungen“ zu schützen, andere wollten ihre Reaktion darauf auf die Position der GRÜNEN zu Palästina stützen, die Israel kritisiert, aber doch anerkennt. Die Nicht-Anerkennung („Israel“ wurde am Hafen in Anführungszeichen gesetzt) könne nicht die durch den Zionismus verursachte Ungerechtigkeit beseitigen, der Aufruf zum Boykott würde wiederum an die Zeiten von „kauft nicht bei Juden!“ erinnern. Die GAL wurde dazu aufgefordert, solche Parolen als Mittel der Auseinandersetzung abzulehnen.

Doch der Landesvorstand blieb stumm. Die vorgelegten Anträge beinhalten so verschiedene Standpunkte wie eine Unterstützung der Auffassung der Nahost-Experten, Nicht-Befassung, Verurteilung der Hafen-Parole und bis hin zu einem Bekenntnis zum antifaschistischen Kampf. Aber was das eigentliche Thema war, blieb unklar.

Verwirrt scheinen aber nicht nur die Bündnispartner zu sein. Verwirrt wird jeder, der sich das Solidaritätsspektakel anschaut und versucht herauszufinden, um was es eigentlich geht. Denn, ginge es nur um die Parole als Ausdruck eines politischen Programms zur Frage „Palästina“, so wäre es relativ einfach. Man würde dann erworbene Kenntnisse einsetzen, um die Geschichte und die gegenwärtige Lage im Nahen Osten zu besprechen. Man würde darüber diskutieren können, was die Perspektiven einer Lösung des Konfliktes oder eines Ausganges des aktuellen Aufstands sind. Man würde fragen, ob man von hier aus den Aufstand durch Boykott israelischer Waren, durch Hilfe für die Volkskomitees oder für oppositionelle Gruppen sinnvoll unterstützen kann.

Doch all diese Fragen haben eine völlig andere Bedeutung, wenn sie in erster Linie aus dem hiesigen Kontext abgeleitet werden: Um über Palästina reden zu können, muß man nicht nur die Unkenntnis überwinden, man muß sich mit Bedürfnissen und Fronten auseinandersetzen, die mit dem Konflikt im sonnigen Morgenland wirklich wenig zu tun haben.

Man führt hier einen politischen Kampf gegen den Staat und seine Ordnung, man ist von der Qualität des schichtenübergreifenden Massenaufstands in Palästina beeindruckt und möchte dort von hier aus mitmachen. Doch der Konflikt in Nahost, der Streit zwischen zwei Völkern

des, in dem man sich jedoch auf keine Handlungsrichtung einigen: Für die Einen war jede Debatte überflüssig, schließlich wurde man sich für die politische Autonomie der Hafenstraße einsetzen, was auch eine Haltung der Nicht-Einmischung zu bedeuten habe.

„Kommt, bringt Helme, Knüppel und gute Ideen mit! Kein Fußbreit den Faschisten! Solidarität mit dem Volksaufstand in PALÄSTINA“. Dieser abschließende Satz hörte sich fast so an, als würden jetzt die Hafenstraßler Brigaden nach Palästina schicken. In keinem anderen Land begründet man den Selbstverteidigungskampf — hier gegen Neonazis, gegen Räumung — durch Parolen aus dem Widerstand einer fremden, entfernten Gesellschaft. Hier fungiert aber Palästina nicht nur als Palästina, sondern stellvertretend für einen Kampf, den man hier vielleicht gerne führen würde. Und das macht es so schwierig, über Palästina zu reden.

Aber warum gerade Palästina? Worin besteht der Reiz, sich einen entfernten Kampf — so gerecht er ist — mit solchem Eifer anzueignen? Dem bundesdeutschen Staat galt und gilt Israel als Alibi. Es ermöglichte eine vermeintliche Versöhnung zwischen einer deutschen und einer jüdischen Regierung. So sehr der bundesdeutsche Staat, die Springer-Presse und die westdeutschen Medien sich schützend hinter Israel stellen, um bloß die Debatte über den deutschen Antisemitismus zu beenden, umso mehr bemüht man sich in linken Kreisen, das Alibi-Tabu zu durchbrechen.

Vor diesem Hintergrund muß das Bedürfnis verstanden werden, die israelische Politik mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichzusetzen. Es ist die Rede von der „ideologischen Verwandtschaft zwischen dem NS-Faschismus und dem Zionismus“ (1), von den Kontakten der Zionisten zu der „jüdischen Abteilung der SS“, vom Aufruf der Zionisten „zur Zusammenarbeit mit dem NS-Regime“ (2), eine Vergewaltigung geschichtlicher Fakten, die das Bild Israels als Gegenthese zum deutschen Faschismus um jeden Preis zerschlagen soll. Der Ausgleich führt zur Entlastung, Juden und Nazis sind endlich in einem Boot.

Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus und seiner (Nicht)Aufarbeitung in dieser Gesellschaft sowie die Infragestellung des bundesdeutschen Staates führen die Linke zu Palästina, nicht die eigentliche Lage in Nahost. Die Debatte, die man hier scheinbar um Palästina führt, ist eine Debatte um deutsche Vergangenheit und bundesdeutsche Gegenwart, der Aufstand in Palästina ist nur ein Mittel zum Zweck.

den wie man will — die inwischen Verpflanzung der Hafen-Bewohner zum antifaschistischen Kampf bezeugen. Man vermißt aber einige Sprüche, die gerade in diesem Stadtteil, mit seinem hohen Anteil an Einwanderern, die die Schikanen der „Bullen“ und die Provokationen der „Faschos“ tagtäglich erleben müssen — gerade hier fehlen Transparente wie „stoppt alle Abschiebungen“ oder viel-

Der Hort des Antisemitismus

„Es geht also. Man muß nur beharrlich und konsequent sein.“ Sprach Herakles Voscherau, nachdem er der in der Hafenstraße 106 hausenden antisemitischen Hydra den Kopf abgeschlagen hatte. Während Bürgermeister Voscherau eine gegen Israel gerichtete Parole übermalen ließ, tauchten ähnliche Wandschriften an drei, vier, fünf anderen Häusern in Hamburg auf. An vielen Wänden klebten plötzlich große Plakate mit dem aus Presse und TV längst wohlbekannten Bild der umstrittenen Fassade und der freundlichen Aufforderung, Gleiches an anderen Wänden und Orten zu tun. Die Leute von der Hafenstraße hatten es wieder einmal geschafft, einer räumungsverdrängten Kraftprobe pfiffig aus dem Wege zu gehen und den Gegner lächerlich zu machen. Das verschafft ihnen Sympathie, nicht nur unter den Freunden und Befürwortern dieser speziellen Parole und der damit verbundenen Politik.

„Zutiefst beschämend“ und „unerträglich“ hatte Voscherau am 30. August, einen Tag vor Ablauf des von ihm gesetzten Ultimatums, in einer Presseerklärung die Fassadenparolen an der Hafenstraße 106 genannt. „Er werde nicht zulassen, daß Hamburg in den Augen der Öffentlichkeit in den Verdacht des Antisemitismus gerate.“ Und er versprach, „die Stadt vor der unerträglichen Gefahr zu schützen, in den Ruf eines Horts neuen Antisemitismus gebracht zu werden.“

Eine verlogene Pose: Die angeblich so „unerträglichen“ Parolen befanden sich dort immerhin schon seit Anfang April, waren also rund fünf Monate lang Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit, die sie überhaupt erst durch das unsinnige Antisemitismus-Geschrei erhalten hatten.

nationalismus, von einer Verlagerung der Konflikte reden, nach dem Motto „je weiter der Ort — umso größer die Solidarität“.

1. Stellungnahme der Nahostgruppe Freiburg in „blätter des iz3W“, Nr. 150, Juni 1988.
- (2) Stellungnahme aus „Immer rebellieren“ in „Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina“, hrsg. vom AK, Juni 1988
- (3) AK 291, Februar 1988

der Parolen gefordert. Und schon Anfang Mai hatte Dohnanyi auf einen Alarmbrief des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski souverän mitgeteilt: „Ich teile uneingeschränkt Ihre Auffassung, daß die Parolen alsbald beseitigt werden müssen. Ich habe das Erforderliche veranlaßt.“

Nein, „unerträglich“ war dem Bürgermeister und seinem Senat die Fassadengestaltung Hafenstraße 106 ganz offensichtlich nicht. Wohl aber schien sie Stoff für eine monatelange Hetzkampagne im Sinne der Konfrontationsstrategie — Endziel Räumung unter optimalen Bedingungen — zu bieten. „Immer wieder“, so steht es in Voscheraus Presseerklärung vom 30. August, waren die „Schmierereien“ Thema von Senatssitzungen und schließlich wurden sie gar, Höhepunkt des absurden Sommertheaters, von Voscherau offiziell in den Rang einer „wichtigen Staatsangelegenheit“ erhoben. Da wirkt sogar das bekannte Bild von der Kanone, mit der auf Spatzen geschossen wird, vergleichsweise matt.

Jedesmal, wenn sich wieder eine aufgeregte Stimme zu Wort meldete, um in schärfster Tonart die „antisemitischen Schmierereien“ anzuprangern, habe ich mich gefragt, ob wirklich immer noch von den gleichen Parolen die Rede war. Und wirklich, sie hatten sich nicht geändert. Sie lauteten, ohne Auslassung und Hinzufügung: „Boykottiert Israel! Waren, Kibbuzim + Strände. Palästina — Das Volk wird dich befreien. Revolution bis zum Sieg.“ Politisch läßt sich dazu eine Menge sagen, aber Antisemitisches mag vielleicht ein scharfsinniger Betrachter in den Gedanken und Motiven der Parolenmalers aufspüren, doch in den gegebenen Worten ist es nicht zu finden.

Denkhilfe benötigten, um in die richt empörte Stimmung zu geraten. Am April hatte das „Hamburger Abendblatt“ die Geschäftsführerin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Lore Uldall, der sehr maßvollen und besonnenen A sage zitiert: „Wir heißen die Parole nicht gut, sehen sie aber mit einer gewissen Toleranz im Rahmen der Meinungsfreiheit.“ Anfang Juli aber war Frau Uldall soweit, die Parolen für „beschämend“ und „makaber“ zu halten; es „empörend“, daß sie nicht beseitigt werden. („Abendblatt“, 29.7.) Inzwischen hatte der DIG-Vorsitzende Erik Blunfeld (CDU) eine klare Sprachregel ausgegeben.

Das Antisemitismus-Geschrei und zwar monatelang nicht realisierte, doch ständig präsente Drohung mit Staatsgewalt haben eine Auseinandersetzung mit den konkreten Parolen Hafenstraße sehr erschwert. Es läßt sich nicht gut mit jemandem diskutieren, dessen Recht auf Meinungsfreiheit gerade dem umstrittenen Punkt akut bedroht und der zusätzlich einer konzertierten Hetzkampagne in fast allen Medien ausgesetzt ist.

Für die, die die Debatte Anfang des Jahres zwischen KB und Autonomen bettet haben, wird evident sein, daß die Parolen von der Hafenstraße 106 in ihrer Form genau die Politik symbolisieren gegen die wir uns damals gewendet haben und die wir nach wie vor kritisieren: Nichtanerkennung des israelischen Selbstbestimmungsrechts, die Ignoranz gegenüber der Perspektive eines palästinensisch-israelischen Dialogs und die Ablehnung eines binationalen Staates. Die I

128 Seiten DIN A 5, Preis: 8,- DM (+ 0,70 DM Porto)

Hrsg.: Kommunistischer Bund
Bezug über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 43 53 20